



Niederschrift

Europaausschuss

20. Wahlperiode – 15. Sitzung

am Mittwoch, dem 6. September 2023, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Seyran Papo (CDU), stellvertretende Vorsitzende

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Malte Krüger

Hauke Göttsch (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Uta Wentzel (CDU)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birte Pauls (SPD)

Marc Timmer (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Bericht des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Dr. Gerhard Ulrich, mit Blick auf die Umsetzung der EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens	4
	Vorschlag des Vorsitzenden	
2.	Vorstellung eines Projekts Online-Portal „Europa in SH/SH in Europa“ der Europa-Union Schleswig-Holstein	11
	Vorschlag des Vorsitzenden	
3.	Bericht der Abgeordneten Eka von Kalben aus den Gremien	15
	a) Ausschuss der Regionen (AdR) (5./6. Juli 2023)	15
	b) BSPC-Jahreskonferenz in Berlin (27. bis 29. August 2023)	15
4.	Schutz unserer Wasserressourcen – Umsetzung der Resolution der PSO „Europäischer Grüner Deal – Wasser und Klimawandel“	17
	Bericht der Landesregierung Drucksache 20/1065	
5.	Weiterbildungsstrategie umfassend anlegen	18
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/1159	
6.	Die Arktis als nachhaltige Friedensregion erhalten	19
	Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/1169	
7.	Stand des Resolutionsentwurfs für das 19. Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO)	21
8.	Information/Kenntnisnahme	22
9.	Verschiedenes/Termine	23

Die stellvertretende Vorsitzende, Abgeordnete Papo, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Bericht des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Dr. Gerhard Ulrich, mit Blick auf die Umsetzung der EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens

Vorschlag des Vorsitzenden

Herr Dr. Ulrich, Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus des Landes Schleswig-Holstein, bedankt sich für die Einladung in den Ausschuss und die Möglichkeit, zur europäischen und nationalen Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus berichten zu dürfen. Einleitend stellt er fest, dass sein Amt als Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus leider ein sehr notwendiges sei. Die Umsetzung der EU-Strategie auf nationaler Ebene sei nach wie vor sehr wichtig, da es gerade aktuell wieder zunehmend Fälle von antisemitischem Verhalten und Äußerungen gebe. An seinem Mail-Postfach könne er feststellen, dass sich etwas in der Gesellschaft verändert habe: Die Hemmschwelle, sich anonym zu äußern und um sich zu schlagen, sei sozusagen gefallen. Erschreckend sei dabei für ihn vor allem, dass sich der Antisemitismus in Deutschland und Europa nicht neuer Formen bediene, sondern auf alte, zum Teil schon in der Antike bekannte, Vorurteile und Mythen zurückgreife, um eine Gruppe dafür verantwortlich zu machen, dass man sich eingeengt fühle.

Herr Dr. Ulrich stellt im Folgenden kurz die Ziele der EU-Strategie näher vor. Dazu führt er aus, als erstes formuliere die Strategie das Ziel, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland in ihrer Lebenswirklichkeit stärker sichtbar gemacht werden sollten. Dies sei leider nach wie vor keine Selbstverständlichkeit. In Schleswig-Holstein gebe es zwei Landesverbände und neun jüdische Gemeinden. Auch wenn es sehr kleine Gemeinden seien, seien diese insbesondere in den Städten Kiel, Elmshorn, Pinneberg und Lübeck sehr aktiv. Ihre Aktivität beziehe sich aber nicht unbedingt auf das öffentliche Auftreten der Gemeinden. Dem stehe nämlich nach wie vor eine Bedrohungslage entgegen. Der größte Anteil von Jüdinnen und Juden in schleswig-holsteinischen Gemeinden bestehe heute aus Zugewanderten. In den jüdischen Gemeinden werde hervorragende soziale Arbeit geleistet: Sie böten ihren Mitgliedern einen Raum zur Begegnung mit Menschen aus gleichen Kulturkreisen, unterstützten jedoch auch bei Behör-

dengängen, böten Sprachkurse an und ähnliches mehr. Die Leistung der Jüdischen Gemeinden im Bereich der Sozial- und Integrationsarbeit sei nicht hoch genug einzuschätzen. Dahinter stehe allerdings oft das Ziel, das jüdische Leben auch öffentlich zu zeigen, zurück.

Herr Dr. Dietrich erklärt, das Land Schleswig-Holstein habe große Anstrengungen unternommen, die jüdischen Gemeinden im Land zu unterstützen. So gebe es inzwischen eine Reihe von sehr sehenswerten jüdischen Orten in Schleswig-Holstein, und er könne nur dazu ermutigen, diese auch zu besuchen. Ein gutes Beispiel dafür sei die wiederhergestellte Synagoge in Lübeck. Er hebe dies auch vor dem Hintergrund hervor, dass in keiner anderen Region in Deutschland in der Nazizeit das jüdische Leben so gründlich ausgelöscht worden sei wie in Schleswig-Holstein.

Als ein zweites Ziel der EU-Strategie und der Umsetzung auf nationaler Ebene nennt Herr Dr. Ulrich den Bildungsauftrag, Antisemitismus als Problem in der gesamten Gesellschaft anzuerkennen und die Gesellschaft zu befähigen, Antisemitismus aktiv zu verhindern und dauerhaft zu beseitigen. Klar sei, dass der Antisemitismus längst Platz in der Gesellschaft genommen habe und dass es deshalb darum gehen müsse, ihn zu bekämpfen. Hierfür Instrumente zu entwickeln, sei in Schleswig-Holstein vor allem Aufgabe des im März letzten Jahres konstituierten Runden Tisches, seiner Arbeitsgruppen, und der interministeriellen Arbeitsgemeinschaft. Die schleswig-holsteinische Landesregierung habe in dieser Wahlperiode schon viel angestoßen. Festzustellen sei aber, solange es einem Runden Tisch im Landtag bedürfe, sei die Gesellschaft von dem wünschenswerten jüdischen Leben in der Mitte der Gesellschaft noch weit entfernt. Vor dem Hintergrund dürfe man in den Anstrengungen nicht nachlassen.

Als konkrete Beispiele, was alles im Hinblick auf die Bekämpfung von Antisemitismus in Schleswig-Holstein bereits in Gang gesetzt worden sei, nennt Herr Dr. Ulrich unter anderem den Beauftragten für den Kampf gegen Antisemitismus bei der Generalstaatsanwaltschaft im Land, die Entwicklung eines Leitfadens für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, um antisemitische Äußerungen eindeutiger zu identifizieren und zu definieren. Auch in der Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten im Land sei das Thema Antisemitismus ein Pflichtfach.

Herr Dr. Ulrich berichtet weiter, dass neben den zwei genannten Zielen sich die Strategie in drei Querschnittsdimensionen und fünf Handlungsfelder gliedere, mit denen die Aufgaben, Jüdinnen und Juden in Deutschland zu stärken und ihre Lebensrealitäten sichtbarer zu machen,

konkreter beschrieben würden. Es müsse darum gehen, jüdische Gegenwart und Geschichte in ihrer Vielfalt und Vielschichtigkeit zu zeigen und zu vermitteln. Antisemitismus werde in der Strategie als Problem der gesamten Gesellschaft gesehen; deshalb sei es auch eine gemeinsame Aufgabe von allen, Antisemitismus auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen zu verhindern und zu bekämpfen.

Im Zusammenhang mit der ersten Querschnittsdimension, der Betroffenenperspektive, verweist Herr Dr. Ulrich auf eine Veranstaltung im Landeshaus am 23. November 2023, die sich mit einer Studie beschäftige, die aufgearbeitet habe, wie Jüdinnen und Juden mit dem Antisemitismus in ihrem Leben umgingen.

Die zweite Querschnittsdimension beschäftige sich mit der Notwendigkeit einer nachhaltigen Strukturbildung zur Antisemitismusprävention und Sensibilisierung. Dazu gehöre die Institutionalisierung bestehender Formate sowie die Initialisierung und Verstetigung von Vernetzungen.

Eine weitere Querschnittsdimension sei die Digitalisierung. Festzustellen sei, dass die digitale Welt einerseits Türen geöffnet habe, andererseits gebe es durch sie auch neue Formen von Antisemitismus. In diesem Zusammenhang spricht Herr Dr. Ulrich das Problem an, dass die Zeit zu Ende gehe, in der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die die Judenverfolgung in Deutschland aktiv miterlebt hätten, zur Verfügung stünden, um beispielsweise Schülerinnen und Schülern von ihren Erlebnissen zu berichten. Deshalb werde auf Bundesebene gerade geprüft, wie man digitale Formate mit den aktuell noch lebenden Zeitzeuginnen und Zeitzeugen nutzen könne, um ihr Zeugnis dauerhaft zu bewahren.

Herr Dr. Ulrich stellt fest, dass in Schleswig-Holstein bereits viel und umfassend daran gearbeitet werde, gegen den Antisemitismus vorzugehen. Dennoch sei es erforderlich und wichtig, dass sowohl die Arbeit am Runden Tisch als auch in der interministeriellen Arbeitsgemeinschaft intensiviert und weitergeführt werde.

Abschließend weist Herr Dr. Ulrich auf das aktuelle Forschungsprojekt an der Europa-Universität Flensburg von Frau Professorin Dr. Patrut hin, in dem diese sich mit Antisemitismus im europäischen Schulunterricht, insbesondere in Schulbüchern, beschäftige. Erste Erkenntnisse habe sie gerade in Berlin vorgestellt. Er halte es für wichtig, dass dieses Projekt europaweit

Aufmerksamkeit bekomme. Dazu passe es aus seiner Sicht auch, dass sich heute eine Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz konstituiere, bei der es um das Thema Antisemitismus in Bildungsmedien gehe. Er verweist auf einen Leitfaden für Lehrerinnen und Lehrer, der aktuell in der Papierfassung leider vergriffen sei, aber für alle, auch für Nichtlehrende, einen sehr guten Überblick über das jüdische Leben im Land vermittele. Der Leitfaden zu Antisemitismus, Judentum und Israel werde vom IQSH herausgegeben.

Im Zusammenhang mit Nachfragen von Abgeordneter von Kalben führt Herr Dr. Ulrich aus, aus seiner Sicht gebe es in Deutschland noch keine ausreichende Dokumentation zu antisemitischen Vorfällen. So sei bei der Landesmeldestelle LIDA-SH im Moment unklar, wie die Zukunft der Stelle aussehen werde, denn natürlich hänge eine gute Dokumentation auch immer von ausreichendem Personal ab. Daneben gebe es noch die bundesweite Meldestelle RIAS, das Netzwerk von Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus. Seinem Eindruck nach sei die Vernetzung der Meldestellen untereinander gut, allerdings fehle es noch an einer besseren Vernetzung zwischen den Dokumentationsstellen und dem Verfassungsschutz sowie der Polizei. Deshalb sei der Leitfaden, der gerade bei der Generalstaatsanwaltschaft in Schleswig-Holstein für Polizei und Justiz in der Erarbeitung sei, sehr wichtig. Es sei sowohl in der Polizeischule in Eutin als auch beim Landespolizeidirektor das Bemühen erkennbar, hier noch zu einer besseren Vernetzung untereinander zu kommen.

Er könne nachvollziehen – so Herr Dr. Ulrich im Zusammenhang mit einer weiteren Anmerkung von Abgeordneter von Kalben –, dass die Zeitung „Jüdische Allgemeine“ im Hinblick auf Rassismus und Antiziganismus nicht unproblematisch gesehen werde. Der Zentralrat in Berlin habe inzwischen die Zusammenarbeit mit einigen Journalistinnen und Journalisten eingestellt. Dennoch handele es sich um ein wichtiges Informationsblatt der Jüdischen Gemeinden in Deutschland. Bundesweit müsse man sich sehr genau überlegen, wie man zu einer kritischen Partnerschaft mit den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern kommen könne, gerade was die Frage des Staates Israel angehe.

Abgeordnete von Kalben hält es für schwierig, auf der einen Seite das Ziel zu verfolgen, das jüdische Leben sichtbarer zu machen, auf der anderen Seite aber eine Unterteilung in jüdische und nicht jüdische Menschen zu machen. – Herr Dr. Ulrich erklärt, das sei aus seiner Sicht kein Widerspruch. Die Jüdischen Gemeinden bemühte sich stark darum, offene Häuser zu sein und alle willkommen zu heißen. Es dürfe allerdings nicht ihnen allein überlassen bleiben,

sich für eine bessere Sichtbarkeit einzusetzen, sondern das sei eine gemeinsame Aufgabe der Gesellschaft.

Abgeordnete Wentzel betont die Notwendigkeit, in Schleswig-Holstein das jüdische Leben weiter zu fördern. Schwierig sei für sie der fließende Übergang von Antisemitismus und Israelkritik. Sie fragt nach Konzepten – die es gegebenenfalls bereits in anderen Bundesländern gebe –, mit denen man Familien erreichen könne, die eine starke Abneigung gegen Israel und jüdisches Leben an ihre Kinder weitergäben, insbesondere nach Formaten in Schulen oder Gemeinden, um Begegnungsräume zu schaffen. – Herr Dr. Ulrich antwortet, wichtig sei die - hier in Kiel schon praktizierte, aber noch ausbaufähige - Begegnung von Muslimischen und Jüdischen Gemeinden. Darüber hinaus müsse das Thema in Schulen noch präsenter gemacht werden. Jede und jeder müsse auf seine eigene Sprache und den ihr oder ihm begegnenden alltäglichen Antisemitismus achten und ihm begegnen. Das stelle eine Herausforderung dar, der man sich immer wieder neu stellen müsse. Offenheit herzustellen bedeute nicht nur, neue Formate zu schaffen, sondern insbesondere bei sich selbst darauf zu achten, vielleicht weniger schnell mit Urteilen und Beurteilungen zu sein.

Abgeordneter Timmer erklärt, vor dem Hintergrund der immer weiter zurückgehenden Zahl an lebenden Zeitzeugen werde es noch wichtiger, Begegnungen von Schülerinnen und Schülern mit dem Thema auch auf andere Art Raum zu geben, beispielsweise durch Ausflüge in Konzentrationslager. Er rege außerdem an, einen Leitfaden für die Anbieter von Internetplattformen zu schaffen, in dem dargestellt werde, an welcher Stelle von ihnen besondere Aufmerksamkeit im Hinblick auf Antisemitismus gefordert sei. – Herr Dr. Ulrich erklärt, im Zusammenhang mit dem Problem fehlender Zeitzeugen sei für ihn essentiell, dass die Gedenkstättenarbeit auf jeden Fall fortgeführt und möglichst noch intensiviert werde. Dafür sei der Übergang von der Ehrenamtlichkeit zur Hauptamtlichkeit erforderlich. Auch er halte den Besuch von Schulklassen in den Gedenkstätten für sehr wichtig, auch wenn dies kein Ersatz für das Treffen mit Zeitzeugen sei. Er unterstütze den Vorschlag, auch für digitale Dienste und Medien Unterstützung durch die Entwicklung eines Leitfadens zu leisten.

Im Zusammenhang mit der Frage vom Abgeordneten Timmer, wie die Jüdischen Gemeinden den „Fall Aiwanger“ bewerteten, verweist Herr Dr. Ulrich auf sein Interview und seine Äußerungen dazu am letzten Wochenende. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden habe sich aus seiner Sicht sehr fundiert zu diesem Fall geäußert.

Von Abgeordneter Waldinger-Thiering auf die Aufnahme der Bekämpfung von Antisemitismus in die Landesverfassung – ein im Koalitionsvertrag der Regierung aufgenommenes Ziel – angesprochen, führt Herr Dr. Ulrich aus, das sei sozusagen auf dem Weg. Dabei müsse man allerdings genau schauen, an welcher Stelle man das im Gesetzestext platziere. Davon hänge ab, welche juristische Relevanz und Schlagkraft so etwas habe. Wenn man das lediglich in die Präambel aufnehmen wolle, könne man es aus seiner Sicht auch gleich lassen. Es müsse deutlich werden, dass mit der Aufnahme nicht nur gesagt werde: „Wir bemühen uns!“, sondern: „Wir kämpfen!“

Abgeordnete Waldinger-Thiering hält es für besonders wichtig, neben der Aufklärungsarbeit bei Kindern und Jugendlichen auch darüber nachzudenken, wie man junge Erwachsene besser erreichen könne, um zu verhindern, dass Antisemitismus noch salonfähiger werde. – Herr Dr. Ulrich stimmt dem zu. Deshalb müsse nicht nur in der Schule, sondern im gesamten Bildungsbereich das Thema noch besser vermittelt werden. Der Beauftragte für politische Bildung des Landes biete schon eine Menge an, unter anderem Reisen zu Gedenkstätten und spezielle Seminare, die überraschend gut angenommen würden. Er halte darüber hinaus auch Sport in diesem Zusammenhang für einen guten Ansatz, um Antisemitismus zu begegnen. Dies müsse im Bereich der Aus- und Fortbildung von Gruppenleitungen als Thema platziert werden.

Abgeordnete Pauls berichtet von ihren eigenen Erfahrungen mit einem deutsch-israelischen Schüleraustausch, die sie bis heute prägten. Sie frage sich, ob es im Bereich der Schüleraustausche in Schleswig-Holstein noch mehr Anstrengungen bedürfe und welche Rolle dieses Thema im IQSH spiele. – Herr Dr. Ulrich antwortet, er wisse nicht, wie viele Schüleraustausche, organisiert durch die Schulen oder auch über Städtepartnerschaften, es in Schleswig-Holstein gebe. Das werde er aber gern ermitteln. Er halte es für eine gute Idee, diese zu stärken und auszubauen. Das IQSH unterstütze die Schulen bei ihren Projekten im Bereich Antisemitismus, unter anderem durch die von ihm schon erwähnte Broschüre.

Die Frage von Abgeordneter Pauls, ob es inzwischen in allen Bundesländern Beauftragte für Antisemitismus gebe, beantwortet Herr Dr. Ulrich dahingehend, dass in allen Bundesländern nach den Vorfällen in Halle Stellen eingerichtet worden seien, diese allerdings unterschiedlich ausgestaltet und auch eingebunden seien. So gebe es hauptamtliche, aber auch ehrenamtliche Strukturen, teilweise auch eine Anbindung der Beauftragten an Ministerien. Es sei auch eine Bund-Länder-Konferenz der Beauftragten etabliert worden, auf der man sich über die

unterschiedlichen Vorgehensweisen unterhalte und zu Projekten austausche. Insgesamt könne man feststellen, dass dort inzwischen viel passiere, auch in den östlichen Bundesländern.

Abgeordneter Dr. Garg spricht das Lehrmaterial für DaZ- und Integrationsklassen an, in denen ja nicht nur die deutsche Sprache vermittelt werden, sondern auch eine freiheitlich-demokratische Wertevermittlung stattfinden solle. Dazu gehöre auch, dass Antisemitismus kein Platz in der Gesellschaft in Deutschland habe. Er halte es für wichtig, auch in diesem Kontext Bildungsarbeit zu leisten, damit zum Beispiel Konflikte, vor dessen Hintergrund Menschen nach Deutschland geflohen seien, nicht auf deutschem Boden weiter ausgetragen würden. – Herr Dr. Ulrich erklärt, dass er auf der Grundlage seiner Berichte aus den Jüdischen Gemeinden, die selber entsprechende Sprachkurse anböten, nur bestätigen könne, dass dies zum Teil eine sehr komplexe Herausforderung darstelle. Sprache sei natürlich auch immer Trägerin von Kultur und die Voraussetzung dafür, sich einer Kultur zu öffnen. Richtig sei, dass dazu dann auch mehr gehöre, als nur die Grammatik zu lernen. Deshalb müsse das Curriculum für diese Kurse so gestaltet werden, dass man diese nicht überfrachte, aber die wichtigsten Dinge mit drin habe. Dies könne nur geleistet werden, wenn dafür auch die erforderlichen personellen Voraussetzungen vorhanden sei. In vielen Regionen des Landes würden vorwiegend Ehrenamtler eingesetzt, um die Kurse abzuhalten. Ob diese Struktur auf Dauer tragfähig sein könne, müsse hinterfragt werden, insbesondere da es ja nicht nur darum gehe, die Sprache zu vermitteln, sondern um mehr. Er plädiere deshalb sehr dafür, diesen Bereich zu stärken und genau in den Blick zu nehmen, wie man das Curriculum so ausgestalten könne, dass auch dieser konflikträchtige Bereich der Vermittlung der deutschen Kultur und bestimmter Werte nicht zu kurz komme. Das sei aus seiner Sicht ein wichtiger Baustein für ein gutes Zusammenleben und den Zusammenhalt in dieser Gesellschaft.

2. **Vorstellung eines Projekts Online-Portal „Europa in SH/SH in Europa“ der Europa-Union Schleswig-Holstein**

Vorschlag des Vorsitzenden

Uwe Döring, Minister a. D., Vorsitzender der Europa-Union
Ralf Rose, Landesgeschäftsführer

Herr Döring, Vorsitzender der Europa-Union Schleswig-Holstein, stellt dem Ausschuss das Projekt der Europa-Union zur Etablierung eines Online-Portals „Europa in SH/SH in Europa“ vor. Dazu führt er unter anderem aus, dem Thema Europa werden nach wie vor nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet, insbesondere dem Thema, welche Auswirkungen Europa vor Ort für jeden Einzelnen habe, obgleich es hierzu im Internet eine Fülle von Informationen gebe. Das Problem sei, dass diese schwer zu finden seien. Deshalb verfolge die Europa-Union Schleswig-Holstein mit dem heute vorgestellten Projekt die Idee, ein Portal aufzubauen, das zwei Ziele verfolge, nämlich zum einen darstelle, was in Schleswig-Holstein mit europäischen Maßnahmen passiere, nicht nur hinsichtlich der Förderung, sondern vor allem hinsichtlich der Auswirkungen der Beschlüsse aus Brüssel direkt auf die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Eine solche Darstellung der Regionalisierung der EU-Beschlüsse fehle bisher. Zum anderen solle mit dem Portal eine Art Wegweiser, eine Suchmaschine, aufgebaut werden, mit der man Informationen rund um Europa erlangen könne. Das Projekt laufe jetzt sozusagen gerade in die Zielgerade ein und solle bis Ende des Jahres fertiggestellt sein. Erster Schwerpunkt auf dem Portal werde die Europawahl im kommenden Jahr sein. Herr Döring merkt an, natürlich sei man besonders der Neutralität verpflichtet, deshalb werde es auch im Vorfeld der Europawahl kein Wahlkampf auf der Seite der Europa-Union geben, sondern Informationen rund um die Wahl, die Vorstellung von Kandidatinnen und Kandidaten und ähnliches.

Herr Döring lädt die Mitglieder des Europaausschusses herzlich ein, als Multiplikatoren und Werbeträger für das neue Portal zu fungieren. Außerdem bittet er den Europaausschuss, sich darüber Gedanken zu machen, ob und in welcher Form er sich auf der geplanten Internetseite ebenfalls mit einbringen wolle. Beispielsweise könne man im Rahmen des auf der Seite befindlichen Veranstaltungskalenders die Sitzungstermine des Ausschusses aufnehmen und darüber hinaus über die Arbeit und aktuelle Themen des Ausschusses informieren. Das Portal werde den Namen „EuropaneWS.sh“ tragen und als Webseite der Europa-Union als Betreiber laufen.

Im Folgenden stellt Herr Döring kurz den vorgesehenen Aufbau des Portals im Einzelnen vor.

In der anschließenden Aussprache begrüßt Abgeordneter Timmer das Projekt und das vorgestellte Portal als sehr gelungen. Er fragt, wer zukünftig über die Auswahl der News bestimmen werde und wie die Zulieferung durch Verbände und Vereine stattfinden solle. – Herr Döring antwortet, geplant sei, eine Person bei der Europa-Union Schleswig-Holstein anzustellen, die sich mit einer halben Stelle um die Inhalte der Seite kümmere. Man sei optimistisch, die Finanzierung über die EU sicherzustellen. Für das Werben für die Finanzierung der halben Stelle auf europäischer Ebene werde man unter anderem die anstehende Veranstaltung in Elmsborn, in der Herr Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, anwesend sein werde, nutzen. Dennoch sei auch das Land gefordert, indem es auch zukünftig die Landeszuschüsse für die Europa-Union in der aktuellen Höhe beibehalte. Die Europa-Union Schleswig-Holstein habe vor, die News eigenverantwortlich zu betreuen, das eine oder andere selbst zu verfassen, beziehungsweise sich um Zulieferung von anderen Vereinen und Verbänden, die in dem Fall dann selbst für die Inhalte verantwortlich seien, zu kümmern. Dabei werde von der Europa-Union selbstverständlich kritisch auf die Zusendung und Verlinkungen anderer Beteiligter geschaut werden.

Auf Nachfrage von Herrn Döring spricht sich Abgeordnete Waldinger-Thiering dafür aus, auf dem Portal auch nähere Informationen zur Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins und Dänemarks aufzunehmen, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Zusammenarbeit über STRING-Projekte.

Auch Abgeordnete Pauls begrüßt das Projekt und sichert die Unterstützung des Europaausschusses dabei zu. Sie spreche sich für eine Verknüpfung zu Themen des Europaausschusses und natürlich zu den Sitzungsterminen des Ausschusses aus. Auch vertiefende Informationen über die Zusammenarbeit mit Dänemark gehörten aus ihrer Sicht dazu, nicht nur im Zusammenhang mit STRING, sondern auch als Plattform zur Darstellung der Minderheiten generell.

Abgeordnete von Kalben zeigt sich begeistert über die Vorstellung des neuen Portals und bittet um Einbindung des AdR. Sie fragt vor dem Hintergrund der Neutralität der Europa-Union, ob die Europa-Union ein Statut oder ähnliches habe, nach der allen Parteien, zum Beispiel auch rechten im Zusammenhang mit der Europawahl das Angebot unterbreitet werden müsse, sich auf der Seite zu präsentieren. Außerdem möchte sie wissen, ob es bereits Pläne dazu gebe, die Seite auch in die Sozialen Medien einzubinden. – Herr Döring antwortet, die Europa-Union Schleswig-Holstein sei schon jetzt auf den Sozialen Medien unterwegs und werde sicher auch

dieses neue Portal dort mit einbinden. Vorgesehen sei, eine höhere Summe zu investieren, um zu einer Suchmaschinenoptimierung zu kommen, damit die Seite in den Suchmaschinen besser und prominenter gefunden und angezeigt werde.

Zur Frage der Präsentation aller Parteien merkt Herr Döring an, die Europa-Union sei überparteilich, aber nicht überparteiisch, sie stehe für Europa. Jede Partei, die sich nicht eindeutig zu Europa bekenne, habe deshalb bei der Europa-Union keine Chance auf eine Berücksichtigung bei ihrem Internetauftritt. Im Hinblick auf die Vorstellung von Kandidatinnen und Kandidaten bei der Europawahl werde man sich sehr wahrscheinlich auf die politischen Vertreter fokussieren, die bereits im Landtag oder im Europaparlament vertreten seien. Darüber hinaus sei die Europa-Union eine NGO, also nicht verpflichtet, jeder politischen Vertretung auch den gleichen Platz einzuräumen. Er persönlich sei davon überzeugt, dass man im Zusammenhang mit der im nächsten Jahr anstehenden Europawahl einen Wahlkampf erleben werde, den es bisher so noch nicht gegeben habe. Es sei vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs zu befürchten, dass viele versuchen werden, über diese Wahl Europa instabiler zu machen.

Abgeordnete Wentzel begrüßt das Projekt und möchte wissen, ob es für die Realisierung auch eine Kooperation mit der Europa-Union Deutschland gebe und andere Landesverbände ähnliche Projekte durchführten, sodass man hinsichtlich der Inhalte Synergien nutzen könne. Sie fragt, wie die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, Kommunen und so weiter hinsichtlich der Veröffentlichung von Europaveranstaltungen auf der Plattform aussehen werde und schlägt vor, um die Zielgruppe der Jugendlichen zu erreichen, interaktive Geschichten, Wettbewerbe, Quiz, Rollenspiele und ähnliches anzubieten. Darüber hinaus regt sie an, über die Einbindung des ECMI, von schon existierenden Plattformen mit Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte, von Jugendbegegnungsstätten und auch der Wirtschaftsförderung nachzudenken. – Herr Döring erklärt, wichtig sei in diesem Stadium erst einmal der modulare Aufbau der Plattform, sodass man sie jederzeit noch erweitern könne. Die Anregungen nehme er gern mit auf. Gerade zu Beginn des Angebots werde man nicht alles sofort abbilden können, was geplant und wünschenswert sei, da das die personellen Kapazitäten überschreite. Ziel sei, von Anfang an das, was angeboten werde, dann auch professionell anzubieten. Eine Zusammenarbeit mit der Europa-Union Deutschland gebe es bei diesem Projekt ganz bewusst nicht, das ein schleswig-holsteinisches Projekt. In anderen Bundesländern gebe es bisher noch keine vergleichbaren Projekte.

Abgeordnete Waldinger-Thiering regt an, auch über die Einbindung der Sinti und Roma nachzudenken. Das sei aus ihrer Sicht ein wichtiges Signal mit Blick auf die Europawahl.

Der Vorschlag von Herrn Döring, im Januar 2024 den Startschuss für das Onlinegehen des Portals mit dem Europaausschuss des Landtags gemeinsam durchzuführen, wird von den Mitgliedern des Ausschusses begrüßt.

Abgeordnete von Kalben bittet um nähere Informationen zu dem angesprochenen Termin mit Herrn Kühnel am 3. November 2023 und regt an, auch Mitglieder des Europaausschusses oder die Sprecher der Fraktionen in das Besuchsprogramm einzubinden. Die Ausschussmitglieder schließen sich diesem Wunsch an.

3. Bericht der Abgeordneten Eka von Kalben aus den Gremien

a) Ausschuss der Regionen (AdR) (5./6. Juli 2023)

hierzu: [Umdruck 20/1801](#)

b) BSPC-Jahreskonferenz in Berlin (27. bis 29. August 2023)

Abgeordnete von Kalben berichtet zunächst über die erste Ausschusssitzung des Ausschusses NAT (Fachkommission für natürliche Ressourcen) des AdR, an der sie teilgenommen habe. In dieser Sitzung sei es schwerpunktmäßig um Fischerei gegangen. Auch wenn die Herausforderungen in den Regionen sehr unterschiedlich seien, sei man sich einig gewesen, dass man dafür kämpfen müsse, die kleinen Fischer vor der großen Fischerei, die überwiegend mit Schleppnetzen abseits der Küstenregion stattfindet, zu schützen. Dazu sei eine entsprechende Stellungnahme erarbeitet worden.

In der nächsten Sitzung dieses Ausschusses werde es um das Thema Landwirtschaft gehen, schwerpunktmäßig darum, ob man sich als Europäische Union nicht vor dem Hintergrund der immer wieder auftauchenden Krisen aufgrund von Bränden oder auch Überschwemmungen, die die Landwirtschaft betreffen, anders aufstellen sollte, statt nur im Nachhinein in konkreten Fällen Gelder für Hilfsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Sie berichtet weiter über die Arbeit des zweiten Ausschusses, in dem Schleswig-Holstein vertreten sei, die Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie (ENVE). Die nächste Sitzung werde sich wieder einmal mit dem Green Deal befassen, schwerpunktmäßig mit dem Flächenverbrauch. Darüber hinaus werde es auch ein Panel geben, das sich mit dem Küstenschutz und Küstengebieten beschäftige. Bei Interesse werde sie gern die in Vorbereitung dazu übersandten Papiere an Ausschussmitglieder weiterleiten. Dann könne auch überlegt werden, ob man sich als Schleswig-Holstein dort einbringen wolle.

In der letzten Sitzung der Kommission ENVE sei es um die Reform des Strommarkts gegangen. Auch wenn es bisher noch keine Einigung der Fachkommission darüber gebe, wie das stattfinden solle, habe der AdR in einem Beschluss dazu jetzt deutlich gemacht, dass es dezentraler und flexibler werden müsse, damit die Bürgerinnen und Bürger vor Ort von ihrer eigenen Stromerzeugung auch etwas hätten. Erstaunlicherweise sei mit Unterstützung der Konservativen im Ausschuss der Regionen auch beschlossen worden, dass die Energiegewinnung weiterhin ohne Atomkraft stattfinden solle.

Außerdem berichtet Abgeordnete von Kalben über ihre Teilnahme an ihrem ersten Plenum des Ausschusses der Regionen in Brüssel. Auch in dieser Sitzung habe der Green Deal im Mittelpunkt gestanden, insbesondere die Frage, wie die Regionen noch besser mitgenommen werden könnten. Dabei sei deutlich geworden, dass es wichtig sei, sich über Praxisbeispiele auszutauschen.

Darüber hinaus sei es um die Unterstützung und den Wiederaufbau der Ukraine gegangen. Die Positionen dazu seien recht einhellig gewesen – mit Ausnahme der Position von Rechtsaußen. Man wolle schauen, wie man bestehende Städtepartnerschaften und ähnliches dazu nutzen könne, sich gegenseitig zu helfen. Das sei auch für Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund der gerade neu begründeten Partnerschaft mit Cherson eine wichtige Aufgabe.

Sie berichtete weiter über eine Debatte zum Thema Desinformation, Manipulation und ähnlichem über Social Media. Hierzu sei im AdR ein Handbuch mit Hintergrundinformationen und Praxistipps dazu erarbeitet worden, wie man sich sozusagen auf lokaler Ebene vor Desinformation schützen könne, das bestimmt auch für den einen oder anderen in Schleswig-Holstein interessant sei.

Abschließend verweist Abgeordnete von Kalben auf den Newsletter, den Herr Diedrichsen als Vertreter des Landtags in Brüssel regelmäßig mit den aktuellsten Informationen aus Brüssel verfasse, „Bericht zur Plenartagung des Ausschusses der Regionen“.

Abgeordnete von Kalben informiert außerdem über die BSPC-Jahreskonferenz in Berlin am letzten Wochenende. Vertreter dort seien die Abgeordneten Timmer, Vöge und sie gewesen. Herr Timmer habe an der Erarbeitung der Resolution mitgewirkt, über die im Vorwege bereits im Europausschuss gesprochen worden sei. Insgesamt sei es ein erfolgreiches Treffen gewesen. Allerdings sei eine Veränderung der Atmosphäre in dem Gremium zu beobachten gewesen. Vor dem Hintergrund der sich verändernden politischen Akteure veränderten sich sozusagen auch die Fronten in dem Gremium. Umso wichtiger sei es, dass die Abgeordneten aus Schleswig-Holstein dort sozusagen die Fahne der Demokratinnen und Demokraten hochhielten und sich in die Debatten einbrächten.

4. Schutz unserer Wasserressourcen – Umsetzung der Resolution der PSO „Europäischer Grüner Deal – Wasser und Klimawandel“

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 20/1065](#)

(überwiesen am 16. Juni 2023 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Europaausschuss)

Der Europaausschuss schließt sich einstimmig dem Votum des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses an, dem Plenum die Kenntnisnahme des Berichts zu empfehlen, und nimmt darüber hinaus in Aussicht, vor der Sommerpause 2024 einen Sachstandsbericht des Ministeriums zur Umsetzung der Resolution auf die Tagesordnung zu setzen.

5. Weiterbildungsstrategie umfassend anlegen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/1159](#)

(überwiesen am 14. Juli 2023 an den **Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss**, den Europaausschuss und den Bildungsausschuss)

Abgeordnete Pauls nimmt Bezug auf die Ausführungen des Wirtschaftsministers im Plenum, in denen dieser angekündigt habe, vieles aus dem Antrag aufgreifen zu wollen. Das sei erfreulich, und vor dem Hintergrund gehe sie davon aus, dass auch die regierungstragenden Fraktionen dem Antrag zustimmen könnten.

Abgeordnete Waldinger-Thiering regt an, zunächst das Verfahren des federführenden Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses abzuwarten beziehungsweise sich diesem anzuschließen.

Abgeordnete von Kalben spricht sich gegen die Durchführung einer eigenen Anhörung zu dem Antrag und dafür aus, die Verfahren der anderen beteiligten Ausschüsse abzuwarten.

Die Mitglieder des Europaausschusses kommen überein, zunächst die Festlegung des Beratungsverfahrens durch den federführenden Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss und die Beratungen des Bildungsausschusses zu der Vorlage abzuwarten.

6. Die Arktis als nachhaltige Friedensregion erhalten

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/1169](#)

(überwiesen am 14. Juli 2023)

Die stellvertretende Vorsitzende, Abgeordnete Papo, weist einleitend darauf hin, dass der Ältestenrat im Zusammenhang mit diesem Antrag an den Ausschuss die Bitte ausgesprochen habe, sich nicht nur inhaltlich mit der Vorlage zu befassen, sondern auch über die generelle Frage, inwiefern sich der Schleswig-Holsteinische Landtag über Anträge außenpolitisch engagieren wolle und dürfe, zu beraten.

Abgeordnete Waldinger-Thiering merkt an, auch wenn Schleswig-Holstein nichts mit der Arktis direkt oder mit dem Klima dort zu tun habe, außerdem auch klar sei, dass sich das Land nicht in die Bundespolitik einmischen dürfe, habe sie den Antrag gestellt, weil es schon länger eine sehr enge Verknüpfungen der Länder im Ostseeraum gebe und Schleswig-Holstein in dem Kontext auf vielen Ebenen unterwegs sei, es also bereits eine Zusammenarbeit der Länder gebe. Darüber hinaus sei bekannt, welche Auswirkungen der Klimawandel auf die gesamte Welt habe. Vor dem Hintergrund wünsche sie sich die Durchführung eines Expertengesprächs, in dem darüber beraten werde, welche Möglichkeiten das Land Schleswig-Holstein habe, hier positiv einzuwirken, zum Beispiel über die vielen Institutionen im Land, die auf diesem Arbeitsfeld unterwegs seien.

Abgeordneter Vöge erklärt, seine Fraktion spreche sich gegen die Durchführung einer großen Anhörung aus, die Durchführung eines Expertengesprächs erscheine aber durchaus sinnvoll. Vor dem Hintergrund müssten dann aber über einzelne Formulierungen in dem Antrag noch einmal gesprochen und auch gegebenenfalls die Themen und Fragestellungen sozusagen abgeschmolzen werden, um zu einem Expertengespräch mit konkreterem Schleswig-Holstein-Bezug zu kommen. – Auch die Abgeordneten Wentzel, Timmer und von Kalben sprechen sich dafür aus, den Antrag umzuformulieren und dann Expertinnen und Experten zu einem Gespräch einzuladen.

Abgeordnete von Kalben regt an, gegebenenfalls noch einmal separat über die Frage zu beraten, ob man solche Anträge, die weit über schleswig-holsteinische Angelegenheiten hinausgingen, im Landtag stellen und beraten sollte.

Die Mitglieder des Ausschusses verständigen sich darauf, zu dem Thema des Antrags ein Expertengespräch im Ausschuss durchzuführen und vor dem Hintergrund den vorliegenden Antragstext in der [Drucksache 20/1169](#) anzupassen.

7. Stand des Resolutionsentwurfs für das 19. Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO)

Abgeordneter Vöge berichtet über die am 5. Mai 2023 in Kiel stattgefundene Tagung, auf der der Resolutionsentwurf im Rahmen einer Redaktionskonferenz weitestgehend abgestimmt worden sei. Alle offenen Punkte seien jetzt abgearbeitet. Bei den eingegangenen Änderungsvorschlägen handele es sich eher um kleiner Anmerkungen, die nichts an Inhalt und Form der Resolution änderten. Der dem Europausschuss bereits bekannte Resolutionsentwurf sei damit also nach wie vor aktuell. Die letzten Abstimmungen zu dem Text fänden erst im Rahmen der Konferenz selbst statt, an der er teilnehmen werde.

8. Information/Kennntnisnahme

[Unterrichtung 20/87](#) – Beschlüsse der 92. Europaministerkonferenz (EMK)

[Unterrichtung 20/92](#) – Gemeinsame Absichtserklärung des Landes Schleswig-Holstein mit der ukrainischen Oblast Cherson über eine Solidarpartnerschaft

Abgeordnete Waldinger-Thiering nimmt Bezug auf die Vorlage zu den Beschlüssen der 92. Europaministerkonferenz, [Unterrichtung 20/87](#). Sie möchte wissen, welche Position das Land Schleswig-Holstein zum grenzüberschreitenden Schienenverkehr vertreten habe; dies habe sie aus der Vorlage nicht erkennen können. – Minister Schwarz führt dazu aus, hier habe die Landesregierung insbesondere auf die Fehmarnbeltquerung hingewiesen und die besondere Bedeutung dieser Anbindung nach Skandinavien für ganz Deutschland hervorgehoben. Seiner Feststellung nach sei dieses Thema bei den Vertretern der anderen Bundesländer nicht besonders präsent gewesen. Er habe noch einmal eindringlich darum gebeten, die hervorgehobene Bedeutung dieses Projekts bei Entscheidungen vorrangig zu beachten. – Abgeordneter Waldinger-Thiering merkt an, das passe zu den aktuellen Berichterstattungen in den Zeitungen, aus denen deutlich werde, dass Schleswig-Holstein bei vielen Themen im Vergleich zu anderen Bundesländern im Bund abgehängt werde. – Auf Nachfrage von Abgeordneter Waldinger-Thiering bestätigt Minister Schwarz, dass er auch die besondere Bedeutung des grenznahen Schienenverkehrs vor dem Hintergrund der angestrebten Verkehrswende und des mobilen Arbeitsmarkts hervorgehoben habe.

Der Ausschuss beschließt, sich in seiner nächsten Sitzung sowohl mit der [Unterrichtung 20/87](#) – Beschlüsse der 92. Europaministerkonferenz (EMK) – als auch mit der [Unterrichtung 20/92](#) – Gemeinsame Absichtserklärung des Landes Schleswig-Holstein mit der ukrainischen Oblast Cherson über eine Solidarpartnerschaft – im Rahmen von eigenen Tagesordnungspunkten zu beschäftigen und hierzu die Landesregierung um detaillierte Berichte zu bitten.

9. Verschiedenes/Termine

- Für die Reise des Ausschusses nach Berlin legt der Ausschuss als Termin den 24. bis 26. April 2024 fest.
- Als Termin für die auswärtige Sitzung des Europausschusses in Flensburg und Nordschleswig wird Montag, der 29. April 2024, festgelegt.
- Für die vom Europausschuss gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss vorgesehene Reise nach Kopenhagen und Malmö wird als Termin der 1. bis 5. Juli 2024 in Aussicht genommen. Über den Termin soll in der gemeinsamen Sitzung mit dem Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss am 4. Oktober 2023 abschließend entschieden werden.
- Die im Terminplan des Ausschusses ausgewiesenen Sitzungen am 1. November 2023 und am 29. November 2023 werden entfallen.
- Die nächste Sitzung des Europausschusses findet am 4. Oktober 2023, 10 Uhr, gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss und dem Fachgespräch zum Thema „China-Beziehungen“ statt.
- Die Landtagsverwaltung kündigt an, dass am 14. November 2023 aus Anlass der Übernahme der spanischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union ein Länderabend im Landeshaus stattfinden wird.

Die stellvertretende Vorsitzende, Abgeordnete Papo, schließt die Sitzung um 12:40 Uhr.

gez. Seyran Papo
stellvertretende Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin